



Blick auf das Viertel Kannenstieg

Die Mieten steigen und uns platzt der Kragen!

Zur derzeitigen Situation von Mieter*innen in Magdeburg

Wohnen wird immer teurer und eine bezahlbare, lebenswerte Wohnung zu einem seltenen Luxusgut. So steigen die Mieten in Deutschland seit 2016 um jährlich 5%, wie das Bundesbauministerium jüngst veröffentlichte. Angetrieben wird dieser Trend durch eine immer stärkere Privatisierung des Immobilienmarkts und durch staatliches bzw. städtisches Desinteresse an der Förderung und Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus. Auch in Magdeburg ist diese Entwicklung längst zu spüren, auch wenn diese im Vergleich zu anderen (ost-)deutschen Städten wie Berlin oder Leipzig oft kleingeredet wird.

Magdeburg liegt mit einer Durchschnittsmiete von ca. 6,4€/m² deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (ca. 8,9€/m²). Trotzdem zeigen sich in den letzten Jahren auch hier ähnliche Veränderungen, wie in den teuren Großstädten der Republik. Zu diesen Trends gehört u.a. die extreme Aufwertung attraktiver, meist

innenstadtnaher Viertel. In Magdeburg trifft dies vor allem auf Stadtfeld Ost zu. Dieser Stadtteil, welcher sich in den 90ern zu einem links-geprägten Kiez entwickelt hat, ist durch seine Nähe zur Innenstadt, seinen vielen Grünflächen und nicht zuletzt durch seinen „alternativen“ Ruf besonders interessant für Immobilienhaie und Spekulanten. Seit einigen Jahren kaufen große Immobilienkonzerne wie „Deutsche Wohnen“ oder „Vonovia“ vermehrt Wohnungen und Ladenflächen im Viertel. Diesen Unternehmen geht es ausschließlich um den Profit, den sie aus unserem Lebensraum schlagen können. Entsprechend haben sie kein Interesse an alteingesessenen oder widerständigen Mieter*innen, sowie Menschen mit geringem Einkommen im Viertel. So werden immer mehr Wohnungen luxussaniert und teils zur doppelten Miete wieder angeboten. Menschen, die sich dagegen wehren wollen, werden oft mit zweifelhaften Begründungen, wie beispielsweise „Eigenbedarf“ oder „Baufälligkeit des Gebäudes“ aus ihren Wohnungen geklagt.

Fortsetzung auf Seite 2 »

Marego erhöht die Preise – schon wieder

Seit dem 1. August 2019, sind die Preise beim Tarifverbund Marego und somit auch für die Strecken der Magdeburger Verkehrsbetrieben (MVB) erhöht worden (Volksstimme berichtete am 29. Juli 2019). Der Fahrgastverband hatte sich wie folgt zu Wort gemeldet: „Alle Jahre wieder werden die Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs in Magdeburg zum August 2019 mit Preiserhöhungen beglückt. Es ist zu einem ungeliebten Automatismus wie schon 2018, 2017, 2016 und davor geworden und wird anscheinend von den Verantwortlichen in der Landeshauptstadt gar nicht mehr hinterfragt.“ Vor allem für die diversen Abos sind Preiserhöhungen Inkraft getreten – also gerade für die Menschen, die bewusst und regelmäßig den öffentlichen Nahverkehr anstelle des Autos nutzen wollen, oder die schlicht keine Möglichkeiten für das Halten eines eigenen PKWs haben.

Gleichzeitig fährt auf vielen Strecken zur Zeit nur der Schienenersatzverkehr. Ökologie oder Klassenbewusstsein sind den MVB offenbar Fremdwörter. Aus Solidarität mit den Menschen, die sich in Zukunft aus genannten Unannehmlichkeiten kein Ticket mehr leisten können (oder wollen), bittet die Redaktion, bei einer Fahrscheinkontrolle Ihren Fahrschein möglichst gemächlich hervorzuholen, um anderen Mitfahrenden die Gelegenheit zu geben, an der nächsten Haltestelle auszusteigen. ●

« Fortsetzung von Seite 1

Es sind jedoch nicht nur große Immobilienkonzerne, die nach dieser Logik handeln. Ein großer Teil der privat vermieteten Wohnungen in Stadtfeld dienen der, meist westdeutschen, (oberen) Mittelschicht als Kapitalanlage. Nicht selten lassen solche Vermieter ihre Immobilie verschleißen, wälzen notwendige Instandhaltungsmaßnahmen auf die Mieten ab und handeln im Endeffekt nach derselben ausbeuterischen Logik. Hinzu kommen neue Luxusbauten in Stadtfeld, beispielsweise am Schlachthof, welche ebenfalls nur zahlungskräftiges Klientel anziehen und zur Steigerung des Mietspiegels im Viertel beitragen. Somit werden Menschen ohne das nötige Kleingeld, sprich Arbeiter*innen, Studierende, Rentner*innen, Erwerbslose etc. langsam, aber systematisch, aus dem Viertel und in die Randbezirke verdrängt.

Von Seiten der Stadt gibt es hier kaum ein Einlenken. Auch sie ist nicht daran interessiert, gerade in attraktiven Wohngegenden, Platz für Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen. Dies äußert sich darin, dass einerseits reihenweise neue Bonzenneubauten entstehen, wie am Elbbahnhof oder im Domquartier. Die

Mieten dort sollen nicht unter 11-12€/m² liegen, was sich natürlich kein durchschnittlich oder weniger verdienender Mensch leisten kann. Andererseits besteht aus Sicht der Stadt keinen Bedarf an einer flächendeckenden Schaffung sozialen Wohnraums. Seit der Wende wurde keine einzige neue Sozialwohnung als solche gebaut. Vielmehr wurde der Bestand durch Privatisierung und Abriss stark verringert. Das Mantra des Oberbürgermeisters Lutz Trümper, welches er dazu alle Jahre wieder auspackt, ist: "Niemand muss fürchten, in Magdeburg keine bezahlbare Wohnung für sich und

seine Familie zu finden" (Zitat Volksstimme u.a. 2012 und 2019). Doch für wen und wie lange noch, ist die Frage. Die oben beschriebene Aufwertung von einzelnen Wohngegenden bis hin zu ganzen Vierteln hat durchaus eine Auswirkung auf die vorhandenen städtischen Wohnungen bzw. Sozialwohnungen. So berichtete die Magdeburger Volksstimme im Juni dieses Jahres über das Steigen der „kleinen Mieten“ in Magdeburg. Denn auch die Vermietungen solcher Wohnungen, seien es WOBAU, MWG oder WBG, passen sich den ortsüblichen Mieten an.

Dieses Problem betrifft nicht nur angesagte Stadtteile, sondern auch Randbezirke wie Olvenstedt oder Reform. Hier entstehen zusätzlich ganze Siedlungen aus Einfamilienhäusern, welche oft staatlich gefördert werden. Für den Staat ist dies besonders bequem, da er sich nicht mehr um die

weiteres Problem in diesen Stadtteilen ist die künstliche Wohnraumverknappung von genossenschaftlichen und städtischen Wohnungen. Leerstand wird meist abgerissen statt saniert, was zur Verknappung und nach kapitalistischer Logik somit zur Verteuerung des Wohnraums führt. Nicht selten entstehen genau hier, wo einst Sozialwohnungen waren, die neuen Einfamilien- oder Reihenhaussiedlungen.

Es bleibt also festzuhalten, dass sich die Wohnsituation für die durchschnittlichen Mieter*innen auch in Magdeburg weiter zuspitzt. Auch wenn die soziale Spaltung, die Vereinzelung und die Verdrängung der einkommensschwachen Menschen schleichende Prozesse sind, sind diese doch auch in Magdeburg schon voll in Gange. Das Thema betrifft uns alle, die wir keine eigene Wohnung oder Haus besitzen. Immobilienhaien und ihren

Handlangern in den Hausverwaltungen und Stadträten geht es letztlich immer nur um ihren Profit. Daher werden sie stets versuchen, das Entstehen von solidarischen, widerständigen und selbstorganisierten Nachbarschaften und Kiezen, in denen wir unabhängig vom Inhalt unserer Geldbörse gut leben können, zu verhindern. Doch nicht mit uns! Wir können und müssen uns

kollektiv organisieren und eine solidarische und kämpferische Nachbarschaft aufbauen, in der es für Immobilienhaie jeder Art schwer sein wird, ihr Interesse nach maximalem Profit vor unsere sozialen Interessen zu stellen. Diese Zeitung soll ein Anfang sein. Neben weiteren Artikeln findet ihr auf der letzten Seite ein kurzes Konzept, wie wir uns eine solche Organisation mit euch vorstellen können. Ihr seid herzlich dazu eingeladen, mit uns ein solidarisches und selbstorganisiertes Viertel, fernab von kapitalistischer Profit- und Verwertungslogik, aufzubauen und zu gestalten. ●



Blick auf das exklusive Wohnviertel am Elbbahnhof

Instandhaltung, Verwaltung etc. des Wohnraums kümmern muss. Außerdem versucht der Staat mit den Eigenheimen einer drohenden „Ghettoisierung“ in den Außenbezirken entgegenzuwirken. Diese „soziale Vermischung“ trägt jedoch kaum zur tatsächlichen Verbesserung des sozialen Klimas und des Austauschs untereinander im Viertel bei, wie die undurchsichtigen Hecken, hohen Gartenzäune und Kameras an den neuen Häusern zeigen. Vielmehr sind diese Siedlungen ein gezieltes Mittel der Herrschenden gegen die Bildung von armen Randbezirken mit hohem Aufstandspotential. Ein

Gegen die Stadt der Reichen!

- Miethaie enteignen!

Seit einiger Zeit wird mal mehr mal weniger intensiv über Enteignungen gesprochen. Sogar der neue pseudolinke SPD-Shootingstar Kevin Kühnert hat sich in die öffentliche Debatte eingemischt und Enteignungen mit Entschädigungen in Betracht gezogen. Dafür riskierte er sogar, von seiner Partei ein paar auf den Finger zu bekommen. Denn allein das Inbetrachtziehen der Möglichkeit, und sei es nur aus Propagandazwecken, den Konzernen und Reichen dieses Landes etwas wegzunehmen, führt innerhalb der SPD zur Schnappatmung. Mittlerweile wird schon wieder weniger darüber gesprochen, gegen Konzerne wie „Vonovia“ oder „Deutsche Wohnen“ vorzugehen, um der grenzenlosen kapitalistischen Profitgier Einhalt zu gebieten. Eins ist klar: von einem System aus Lobbyisten, Parteien, Managern, Chefs, politische Mandatsträger und reichen Erben kann kein sozialer Wohnungsbau oder gar freiwillige Zugeständnisse für arme Menschen erwartet werden.

Um Wohnraum für einfache Menschen zu erhalten und zu erkämpfen können wir uns offensichtlich nicht auf die staatliche Politik verlassen (siehe Seite 1). Daher ist die Forderung nach Enteignung der Konzerne absolut richtig und wird von vielen Menschen unterstützt, die erkannt haben, dass sich seit Jahrzehnten nichts geändert hat und es entgegen der Behauptungen von AfD, FDP und Co. keine Alternative gibt. Im Gegenteil. Die AfD zum Beispiel hat eine Petition erstellt, in der sie sich gegen Enteignung von Konzernen ausspricht und fordert: *«Stattdessen gilt es, innerhalb kürzester Zeit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Umwelt- und Bauvorschriften müssen grundlegend überdacht werden, um möglichst zügig mit Bauvorhaben beginnen zu können.»*[1]

Richtig erkannt haben sie, dass sozialer Wohnraum geschaffen werden muss - aber nachhaltig, gerecht und effizient. Das Verlangen, Umwelt- und Bauvorschriften zu lockern, liegt genau auf AfD-Parteilinie, denn entgegen ihrer Behauptungen, ist die AfD nicht die Partei für die kleinen Leute sondern, genauso wie die von ihr verachteten „Alt“-Parteien, eine Partei elitärer Politiker für die Chefs und Bonzen, die sich tarnt, angeblich etwas für soziale Gerechtigkeit zu tun. Spendenaffären, versuchte Vertuschung von einer Vergewaltigung, Beleidigungen und so weiter. Die Partei der Saubermänner hat einige braune Flecken auf ihre blauen Weste. Mit dem Verlangen nach Lockerungen der Umwelt- und Baubestimmungen werden Arbeitsbedingungen schlechter, unsere Umwelt und Heimat zerstört. Wir wollen nicht in irgendwelchen Löchern hausen, an denen sich die Konzerne noch mehr als vorher eine goldene Nase verdienen. Und das alles mit tatkräftiger Unterstützung der AfD, SPD und Co. Stattdessen wollen wir Wohnraum in unserer Hand, der ohne Profite auskommt, bei denen wir keine Angst haben müssen, dass nächstes Jahr die Miete gesteigert wird und wir die Wohnung nicht mehr halten können. Wir wollen Wohnraum, in dem wir alt werden können, und in dem wir nicht vom Schimmel in den Wänden krank werden. Das alles werden wir nicht durch die Parteien oder Konzerne erreichen, sondern nur durch gemeinsamen Kampf. Dieser kann



Protestschild aus Berlin

so vielfältig aussehen, wie wir selbst. Wichtig ist, dass wir zusammenkommen und gemeinsam über unsere Probleme sprechen und diese zusammen angehen.

Ein Ausdruck dieses Kampfes ist zum Beispiel die Kampagne „Miethaie enteignen“. Den Hashtag #enteignen benutzen verschiedene stadtpolitische Gruppen mit unterschiedlichen Ausrichtungen, die Enteignung von Großkonzernen fordern, um sozialen Wohnraum zu erlangen. Einige wollen die Konzerne entschädigen. Ich sage dazu ganz klar: NEIN. Ich sehe es gar nicht ein, warum Konzerne, die mit menschlichen Grundbedürfnissen Milliarden scheffeln, entschädigt werden sollten. Wohnraum ist kein Luxusgut, sondern ein Recht für alle Menschen. ●

[1] <https://www.civilpetition.de/kampagne/keine-zwangsent eignung-von-wohnraum/startseite/>

Studentenbuden statt Schandfleck

Der Bau von sogenannten Mikroappartements zieht Studierenden ihr Geld aus der Tasche

Was die Welt, in der wir heutzutage leben, im Vergleich zu der Jugendzeit unserer Großeltern prägt, ist die weit fortgeschrittene Individualisierung unserer kapitalistischen Gesellschaft. Die Wege der Individualisierung unserer Gesellschaft lassen sich mit Beginn des Wirtschaftsbooms nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich nachzeichnen. Mit der Durchsetzung der Massenkonsumgesellschaft ging auch die Abschließung der Familie als kleinste Zelle der Reproduktion der staatlichen Ordnung einher. Heutzutage bevorzugt man das private Eigenheim statt der Mietwohnung, das private Kinderzimmer statt des Spielens mit anderen Kindern auf der Straße, das Fahren im privaten Auto statt des Gehens auf der Straße und der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, häusliches Fernsehen und Zocken statt des Kinos oder des gemeinsamen Fernsehens in Gaststätten. Was im bürgerlichen Sinne als Errungenschaft scheinen mag, stellt sich für viele allerdings als starke Vereinzelung und Prekarisierung mit vielen negativen Auswirkungen dar. Seien es prekäre, also unsichere, Arbeitsverhältnisse und der Konkurrenzkampf am Arbeitsplatz oder die Einsamkeit im Alter – durch diese Individualisierung schwand das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung und wurde ersetzt durch falsche Konsumversprechen.

Als zeitgemäße und prägnanteste Verkörperung der Individualisierung unserer Gesellschaft lässt sich im modernen, städtischen Wohnungsbau der Boom von sog. Mikroappartements aufzählen. Mikroappartements sind 1 – 2 Zimmer kleine Wohnungen, die ausgerichtet sind auf Einzelpersonen. Oft wird damit auch ein bestimmter Großstadt-Lifestyle

propagiert, der vor allem Studierende ansprechen soll. Waren die Studierenden der 68er noch am kollektiven Leben in Wohngemeinschaften interessiert, scheint heutzutage der Trend in Richtung Einzelwohnungen zu gehen.



Eigenheimsiedlung in Wilschdorf

Entsprechend sind die Zielgruppen der werten Bauherren meist Studierende und Geschäftsleute. Der Bau von Mikroappartements ist auch deshalb so lukrativ für Immobilienkonzerne, da durch die Vermietung von vielen kleinen Wohnungen mehr Profit generiert werden kann, als durch die Vermietung von großen Wohnungen, deren Mietparteien in Wohngemeinschaften zusammenleben. Auch für den Rest der Wirtschaft lohnt sich das Geschäft, wenn jede Mietpartei

einzelnen die Kosten für den Wasser- und Stromanschluss trägt, die Gebühren für den Internetanschluss bezahlt oder Geld für Einrichtungsgegenstände aufbringt. Wenn jede/r dann auch noch eine eigene Küche, einen eigenen Rasenmäher und eine eigene Büroausstattung hat, ist das Gefühl von „Alles meins – ganz allein!“ auf seinem Höhepunkt.

Neben den individualistischen Wunschvorstellungen eines modernen Großstadt-Lifestyles, bringt der Bau von „Mini-Wohnungen“ jedoch einige einschneidende Konsequenzen für den Wohnungsmarkt mit sich. Eine davon ist die künstliche Verknappung von

Lebensraum im Allgemeinen. Nach kapitalistischer, marktwirtschaftlicher Logik steigen die Preise, wenn das Angebot sinkt. Das macht das Bau- und Investitionsgeschäft wiederum attraktiver. Daneben sind die Mietpreise der einzelnen Zimmer auf den Quadratmeter umgerechnet enorm hoch. Der durchschnittliche Mietpreis in Magdeburg liegt bei 6,38€/m². In den folgenden genannten Gebäuden werden Wohnungen zu 17-18€/m² vermietet.



Das Lorenzquartier an der Münchenhofstraße



Livus an der AOK-Haltestelle

In Magdeburg gibt es bereits mehrere Objekte, in denen ausschließlich Mikroappartements vermietet werden. Am bekanntesten ist hierbei das Lorenzquartier an der Münchenhofstraße, das in der Vergangenheit wegen der Abzocke der Stadt negativ auffiel. Durch eine Notlage der Kommune im Jahr 2015 bei der Unterbringung von Geflüchteten, sah sich das Lorenzquartier in der Lage, fast 500€ für eine 18m²-Wohnung von der Stadt zu verlangen. Das macht fast 27€/m²! Die LorenzQuartier GmbH gehört zur Goldman Group, einem Immobilienunternehmen aus Berlin, das auf seiner Website damit wirbt, „viel Erfahrung bei der Sanierung und Aufwertung von Gründerzeithäusern im Prenzlauer Berg gemacht zu haben“. Das Unternehmen kennt sich also damit aus, möglichst hohen Profit zu machen und dabei nicht „zahlungskräftige“ Mieter zu vertreiben.

Daneben gibt es noch das Livus in der Lüneburger Straße 36 gegenüber der Haltestelle „AOK“. Die Betreiber werben auf ihrer Internetseite, dass „Studenten hier das urbane Leben und Wohnen in einer jungen Gemeinschaft mit vielen anderen Studenten und Young Professionals [genießen].“ Mit dem Begriff „young professionals“ sind meist junge Arbeitnehmer gemeint, die sich in den ersten Jahren nach ihrem Hochschulabschluss befinden. Auch hier befindet sich der Sitz von Livus, das zur Coastline Advisory GmbH gehört, in Berlin. Diese GmbH betreibt dort drei solcher Objekte. Ein weiteres Gebäude mit Ein-Zimmer-Appartements befindet sich in der Nähe der Leipziger Straße, am Fuchsberg 5a. Die

dortige Eigentümerin ist die Hanseatic Wohnungsbau GmbH mit Sitz in Hannover. Inklusiv aller Nebenkosten zahlt man hier für ein 20m² großes Zimmer fast 350€ also 16,30€/m²! Im Oktober letzten Jahres berichtete die Volksstimme, dass ein weiterer Berliner Investor (The Grounds AG) den Bau eines „exklusiven, möblierten Mikroappartementshaus“ mit 174 Wohnungen an der Halberstädter Straße 1 plant, also direkt gegenüber vom Innenministerium neben dem Platz der 17. Juni. Im Jahr 2021 soll das Käfighaus dort fertiggestellt werden. À propos Käfig: Auch in der ehemaligen Justizvollzugsanstalt in der Sudenburger Wuhne plant man, die ehemaligen Gefängniszellen in Mikroappartements für Studierende, Singles und alleinstehende Rentner umzubauen.

Da Stadtfeld schon seit langer Zeit ein lukrativer Standort für Immobilienfirmen ist, verwundert es nicht, dass auch hier bald ein großer Komplex mit Mikroappartements zum Einzug bereit ist. Eine Bayreuther Investmentfirma hat das ehemalige Bahnverwaltungsgebäude am Editharing gekauft und plant 55 voll möblierte Wohnräume. Bevor umgebaut werden könne, müsse davor allerdings jede einzelne Wohnung wiederum an einen anderen Kapitalanleger verkauft werden. Da es sich um eine Denkmalschutz-Immobilie handelt, springen für Kapitalanleger auch noch beachtliche Steuervorteile heraus. Die Bayreuther Investmentfirma war vorher auch schon in anderen hippen



Das ehemalige Bahnverwaltungsgebäude am Editharing

Wirtschaft: Dumme Langzeitarbeitslose können sich bald endlich wieder ausbeuten lassen

Der Neubau des Standorts von Amazon im Sülzetal bringt nicht nur negative Auswirkungen auf die Situation von Arbeitnehmer*innen und Einzelhändler, wie Amazon-Unterstützer selbst sagen.

Die Befürworter der Unternehmensansiedlung nennen immer wieder die Chance, die sich für schwer auf dem Arbeitsmarkt vermittelbare Menschen durch geeignete Jobs ergebe. In Magdeburg gebe es beispielsweise 3000 Langzeitarbeitslose, von denen eine Reihe für andere Arbeitsplätze schlicht und ergreifend einfach nicht über eine geeignete Qualifikation verfügt (Volksstimme berichtete am 9. Juli 2019). Daneben erscheinen die Sorgen, die Einzelhändler aufgrund von ungleichen Wettbewerbsbedingungen nennen, oder die Kritik, die die Gewerkschaften wegen schlechter Arbeitsbedingungen nennen, doch glatt wie das kleinere Übel! ●

Lokales: Arme Menschen sollen einfach in die Platte ziehen

Gute Meldungen aus der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts. Laut der Regierung der Elbestadt gebe es keinen Bedarf an Sozialwohnungen oder Engpässe an preiswerten Wohnungen. Es gebe noch genug Mietwohnungen im unteren „Preissegment“. Diese konzentrieren sich zwar in bestimmten Stadtteilen, wie die ehemaligen Plattenbausiedlungen aus DDR-Zeiten Reform und Kannenstieg, allerdings ist das doch besser, als gar keine Mietwohnung zu finden. (Volksstimme berichtete am 19.09.2018, 02.03.2019) ●

Aus den Revieren: Immer neue Parolen gegen Aufwertung in Stadtfeld

In letzter Zeit tauchten an etlichen Häuserwänden in Stadtfeld Parolen auf. Viele der illegal angebrachten Schriftzüge nehmen Bezug auf die hohen Mieten im Stadtteil. So beschmierten Unbekannte beispielsweise die Neubauten in der Goethestraße mit dem Spruch „Mieten runter, Bonzen raus!“. Die Polizei nahm in den letzten Monaten dutzende solcher Fälle auf und schließt einen politischen Hintergrund der Taten nicht aus. „Die Täter scheinen organisiert vorzugehen, um ihrem Frust über die permanente Aufwertung des Viertels Luft zu machen. Trotz unserer Ermittlungen und dem lobenswerten Engagement der „Bürger für Stadtfeld“ für einen sauberen Stadtteil, wird es schwierig sein, solchen Chaoten Einhalt zu gebieten. Wie der Oberbürgermeister schon gesagt hat, kann man den Kampf gegen Graffiti in Stadtfeld nicht gewinnen.“ sagte ein Polizeisprecher. ●

ostdeutschen Großstädten aktiv, wie Leipzig und Dresden. Laut eigenen Aussagen sollen die Wohnungen im neuen Objekt in Stadtfeld-Ost, das zum Start des Wintersemesters 2019/2020 bezugsbereit sein soll, 10-12€/m² kosten. Auch hier werden die Mietkosten also doppelt so hoch wie der durchschnittliche Mietpreis. Bei einem so beliebten Standort wie Stadtfeld-Ost bleibt außerdem abzuwarten, ob die tatsächlichen Mietpreise nicht doch höher ausfallen.

Für Familien und andere Formen des kollektiven Wohnens, wie die typischen WGs, wird es in Großstädten in Zukunft schwieriger, der Größe entsprechend bezahlbare Wohnungen zu finden. Auch die nicht allzu zahlungskräftigen Studierenden, Singles und alleinstehende Rentner können sich das exklusive Wohnen in den zentrumsnahen Mikroappartementkomplexen nur schwer leisten und müssen auf billigeren Wohnraum am Stadtrand ausweichen. Das wiederum trägt weiter zur sozialen Verdrängung aus der Innenstadt bei. Deshalb dürfen wir uns nicht den falschen Versprechen dieses individuellen Lebensstils hingeben. Diese

Individualisierung des Wohnens treibt uns noch weiter in die Vereinzelung. Aus diesem Grund sollten wir den Bau von Mikroappartements äußert kritisch sehen und versuchen, zu verhindern. Stattdessen sollten wir uns wieder zurückbesinnen, auf das gemeinsame Wohnen und Leben. Letzteres stärkt nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl mit unseren Mitmenschen. Durch geteilte Miet-, Strom-, Wasser- und ggf. Lebensmittelkosten sinken auch die Lebenshaltungskosten im Allgemeinen für jede/n einzelne/n. Ein weiterer positiver Aspekt der Gemeinschaft ist, dass man auch bei anderen Sorgen ein offenes Ohr findet und man sich nicht allein in einem Mikroappartement isoliert wiederfindet. ●



Eine Visualisierung des geplanten Wohngebäudes an der Halberstädter Str. 1

Aus den Revieren: Vermehrt Kontrollen am Hauptbahnhof und Innenstadt

Die Polizei kommt ihrem Staatsauftrag nach und kontrolliert fleißig Menschen mit anderer Hautfarbe oder die ihrer Kleidung nach potenziell kriminell sein könnten. Ausschlaggebende Kriterien für solche verdachtsabhängigen Kontrollen sind u.a. schwarze Kleidung und Basecap. Diese Personendurchsuchungen finden vor allem am Hauptbahnhof und am Hasselbachplatz, sowie um das Allee-Center herum statt. Wenn Sie eine solche Kontrolle bemerken, lassen Sie die Betroffenen nicht allein und zeigen sie Solidarität. Jede Kontrolle kann zu Polizeigewalt oder Schlimmeren führen. ●

Aus den Revieren: Sex-Gott schafft das, was die Antifa nie schaffte

Nach Schmierereien auf der Fensterfront eines Gebäudes in der Halberstädter Straße, in der die AfD in Magdeburg ein Abgeordnetenbüro eingerichtet hat, kündigte nun der Vermieter das Mietverhältnis auf. Neben dem Spruch „Porno-Ronny stell dich! Sexgott“ kam es in der Vergangenheit zu zahlreichen kreativen Ausdrücken des Unmuts gegen das AfD-Büro. Indes konnte die Polizeidirektion Magdeburg-Süd zum Zeitpunkt des Zeitungsdruck, noch keine Auskunft darüber geben, ob es in der Zwischenzeit zu einem Treffen der Kontrahenten Sexgott und Porno-Ronny kam. ●

Aktivitäten zum 3. Oktober

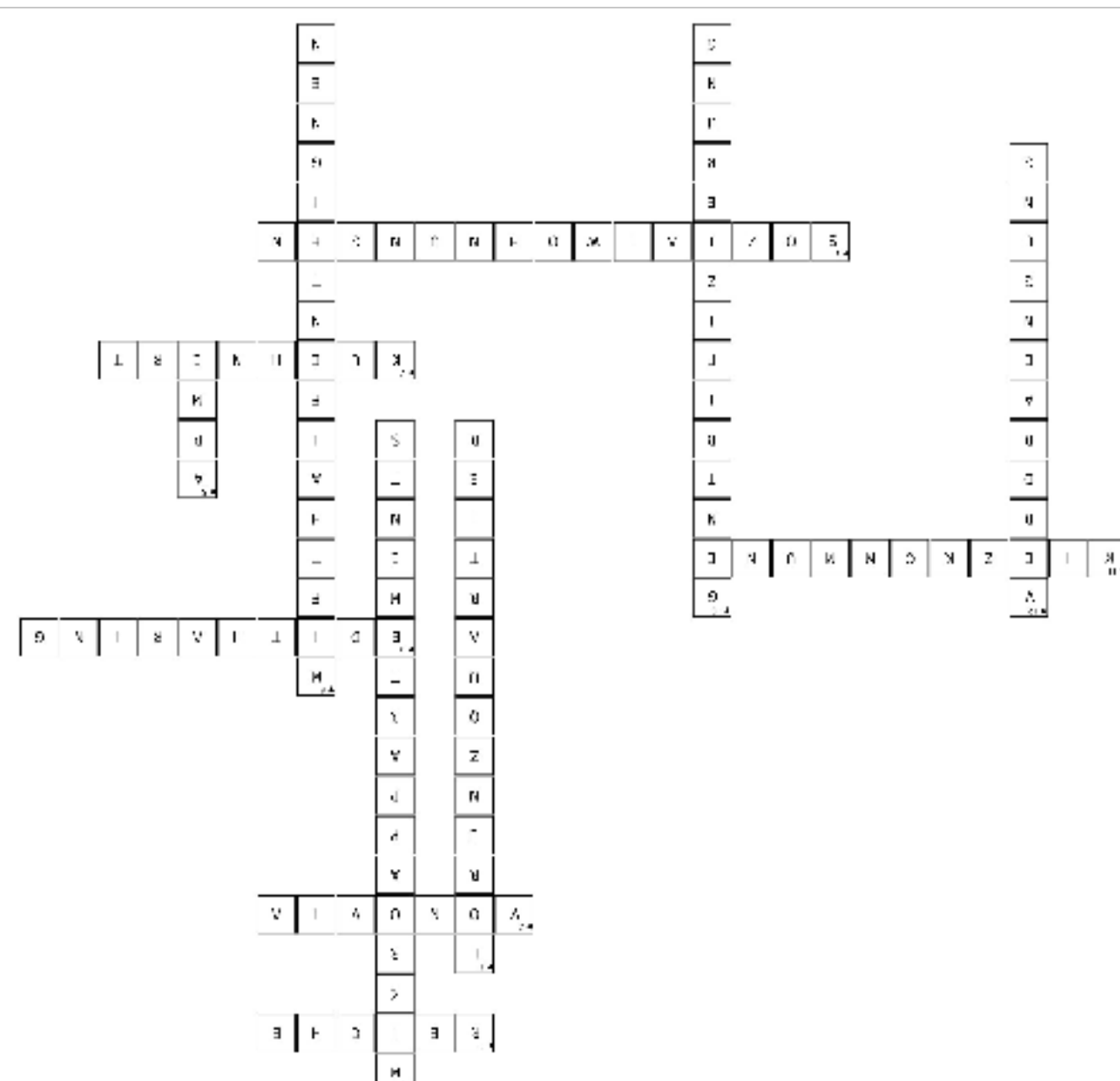
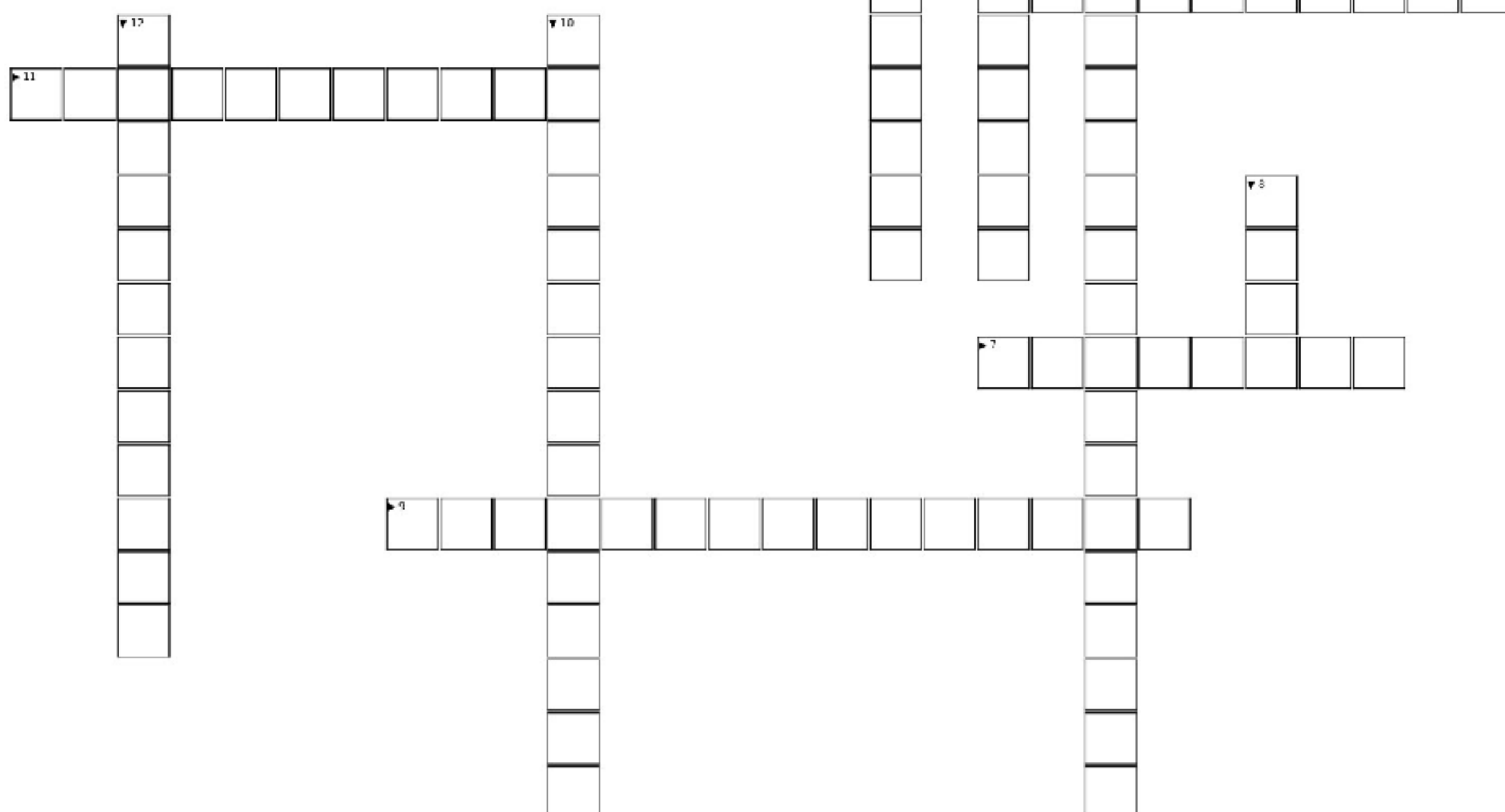
Mittwoch, 4. September, 16Uhr
Infostand am Olvenstedter Platz
mit Verpflegung

Mittwoch, 18. September, 16Uhr
Infostand an der Einkaufspassage
in der Großen Diesdorfer Straße
in Stadtfeld-West

Donnerstag 3. Oktober, 13Uhr
„Mieten runter – Löhne rauf“
Kundgebung am Olvenstedter
Platz Für Mittagessen und
Getränke ist gesorgt!

Kreuzworträtsel

Wenn Sie die Artikel
aufmerksam gelesen haben,
wird Ihnen die Lösung dieses
Rätsels ein Leichtes sein!



Kreuzworträtsel - LÖSUNG -

Lösungshinweise:

Horizontal ►

- Hinweis 2: milliardenschwerer Immobilienkonzern
- Hinweis 4: Wer wird immer reicher?
- Hinweis 5: Wo entsteht in Stadtfeld ein neuer Mikroappartementkomplex?
- Hinweis 7: pseudo-linker SPD-Shooting Star
- Hinweis 9: Wurde seit der Wende nicht mehr gebaut
- Hinweis 11: Stadtteilrat

Vertikal ▼

- ▼ Hinweis 1: Fiel wegen Abzocke der Stadt bei der Unterbringung von Geflüchteten negativ auf
- ▼ Hinweis 3: kleine Wohnungen
- ▼ Hinweis 6: soziale Wohnungskampf-Kampagne (zwei Wörter)
- ▼ Hinweis 8: Wer wird immer ärmer?
- ▼ Hinweis 10: Fachbegriff für Stadtteilaufwertung
- ▼ Hinweis 12: Aufwertung führt meist zu...

Eins, zwei, drei... viele KIEZKOMMUNEN!

Du fühlst dich von deinem Chef und deinem Vermieter ausgenommen? Du bekommst Würgereiz, wenn du den Elendsverwaltern der etablierten Parteien, zuhören musst? Du hast das Gefühl, die großen etablierten Medien erzählen dir jeden Tag den selben Schwachsinn, der nichts mit deinem Leben zu tun hat? Willkommen, du bist damit nicht allein!

Kiezkommune Berlin

Du bist arm, weil sie reich sind!

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts PEW im April 2019 zeigte: 43% aller Befragten sind „unzufrieden“ mit dem, was uns hierzulande als „Demokratie“ verkauft wird – 17% mehr als noch ein Jahr zuvor. Der Eindruck trügt nicht: wer in diesem Land etwas zu sagen hat, das bist nicht du und das sind nicht wir! Immobilienkonzerne gestalten unsere Städte, Waffenschmieden und Kriegslobbyisten die Außenpolitik. Wer wie lange und für welchen Lohn arbeitet, handeln die milliardenschweren Bosse mit den korrupten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern aus.

Das Ergebnis ist einfach: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Milliarden fließen in die von den USA diktierte Aufstockung des Rüstungsetats, Konzern- und Bankenchefs gönnen sich Boni in Millionenhöhe. Und wir müssen an jedem Monatsende die letzten Ersparnisse zusammenkratzen. Wenn

Du Migrant oder Frau bist, hast du es noch eine Nummer härter, denn du wirst schlechter bezahlt und rassistische sowie sexistische Gewalt drücken dich weiter nach unten.

Was tun?

Die eigentlich einfache Losung lautet: Gegenmacht aufbauen! Wir müssen uns so organisieren, dass wir zwei Dinge leisten können: Zum einen müssen wir gemeinsam verhindern können, was uns nicht passt: Zwangsräumung, Lohnrückerei, Polizeirepression. Zum anderen müssen wir etwas aufbauen, was unserem Zusammenleben nützt: Solidarische Orte ohne Konsumzwang, gemeinsamer Sport, gemeinsame Aus- und Weiterbildung und vieles mehr.

Die Orte, an denen wir das können, hießen in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer Kommunen oder Räte. Von der Pariser Kommune von 1871, über die russischen Sowjets 1917, die Münchner Räterepublik 1919, bis in die Gegenwart in Mexiko, Venezuela und Kurdistan schlossen sich Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, Soldatinnen und Soldaten,

Bäuerinnen und Bauer in Kommunen und Räten zusammen, um Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden.

Warum sollen wir das heute und in Deutschland nicht können? In Berlin haben wir begonnen, in vier Stadtteilen Kiezkommunen aufzubauen und organisieren dort Proteste gegen Verdrängung, Massentourismus in unseren Vierteln und den Ausverkauf unseres Lebens an die Bosse und Vermieter.

Das ist erst ein kleiner Anfang. Das Ziel muss sein: In jedem Viertel, jedem Stadtteil in diesem Land muss es eine Kiezkommune geben. Gerade auch in Ostdeutschland. Denn die Lügen der Faschisten dienen nichts anderem als der Spaltung der Arbeiter*innen, damit nach unten getreten und nach oben gebuckelt wird. Das Gegenteil aber führt zum Ziel: Nur alle zusammen können wir den Kapitalismus überwinden, der uns zu einem Leben in Abhängigkeit und Perspektivlosigkeit verdammt. ●

Kommt zur Kiezkommune!

»Anmerkung der Redaktion«

Ausgehend von dem Vorschlag der Genoss*innen aus Berlin, wollen wir euch alle, am Samstag den 5. Oktober 2019 um 15 Uhr in den Infoladen Stadtfeld in der Alexander-Puschkin-Straße 20 auf Kaffee und Kuchen einladen, um gemeinsam darüber zu diskutieren, wie wir hier in Magdeburg uns zusammen in unserem Viertel organisieren können – egal, ob als Einzelperson, organisierte Gruppe, Lohnarbeitende, Arbeitslose, Elternteil oder Schülerin.

„Nur alle zusammen können wir den Kapitalismus überwinden, der uns zu einem Leben in Abhängigkeit und Perspektivlosigkeit verdammt.“

Kontakt

Wir hoffen, Ihnen hat diese erste Ausgabe der Volksstimmung gefallen. Für weitere Anregungen, Kritik oder Leserbriefes sind wir unter folgender E-Mail-Adresse zu erreichen:

» md-volksstimmung@riseup.net «